

Mit dem Ende des RCP8.5-Szenarios ist die Rechtfertigung für die *Net-Zero-Ziele* hinfällig geworden

geschrieben von Chris Frey | 9. Juni 2026

[Andrew Sibley](#), [THE DAILY SCEPTIC](#)

Jedwede Rechtfertigung für Ed Milibands „Netto-Null“-Klimapolitik, ob real oder imaginär, ist mit der offiziellen Abkehr des IPCC vom beängstigendsten Szenario RCP8.5 hinfällig geworden. Selbst Tony Blair erkennt inzwischen, dass das Streben nach „Netto-Null“ ungerechtfertigt und schädlich für Großbritannien ist.

Es ist nun 20 Jahre her, seit 2006 der [„Stern-Bericht](#) über die Ökonomie des Klimawandels“ veröffentlicht worden ist: ein Bericht, der von Gordon Brown, dem damaligen Schatzkanzler, in einer Labour-Regierung unter Premierminister Tony Blair in Auftrag gegeben worden war. Dieser Bericht leitete den Kurs von UK hin zu einer wahnwitzigen, kohlenstofffeindlichen Politik, die – gestützt auf unrealistische Szenarien – zur Verarmung der Nation beiträgt. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass Blair nun die Abkehr von „Netto-Null“ fordert: Als der Bericht veröffentlicht wurde, warnte er vor der Katastrophe, die durch Untätigkeit entstehen würde. Es war seine Regierung, die den Weg für die überzogene Klimapolitik ebnete, die wir heute haben, und die Verängstigung der Menschen war ein Instrument des Risikomanagements, wie Lord Giddens am 1. März 2005 im Oberhaus [feststellte](#).

Der Stern-Bericht behauptete, das Risiko der globalen Erwärmung sei so groß, dass eine unmittelbare Gefahr für den internationalen Lebensstandard bestehe. In Wirklichkeit stellte der Bericht jedoch völlig unrealistische Behauptungen hinsichtlich der Bewertung der Erwärmung und der wirtschaftlichen Auswirkungen auf. Er behauptete unverfroren, es bestehe ein Risiko von mehr als 50 %, dass die globalen Temperaturen bis zum Ende des Jahrhunderts um 5 °C steigen würden. In diesem Szenario würden die Kosten der Untätigkeit 5 % des globalen BIP pro Jahr betragen. Der Bericht forderte die Nationen auf, dringend zwischen 1 % und 2 % des BIP aufzuwenden, um die Kohlendioxidemissionen um 80 % zu senken. Dies war praktisch ein Aufruf zur wirtschaftlichen Selbstgeißelung. Das in Sterns Bericht skizzierte beängstigende Szenario basierte auf dem „Special Report on Emissions Scenarios“ (SRES) und dessen starkem A2-Pfad, der sich zu dem uns bekannten RCP8.5 entwickelte. Die Representative Concentration Pathways (RCPs) wurden erstmals 2007 vorgeschlagen und im „Fünften Sachstandsbericht“ (AR5) des IPCC von 2014 übernommen. Obwohl RCP8.5 ein extremes und unwahrscheinliches Szenario war, wurde es, wie sein Vorläufer SRES A2, von Klimaalarmisten weithin als „Business-as-usual“-Szenario behandelt.

Lord Nigel Lawson, ehemaliger Finanzminister in der Regierung Thatcher, äußerte sich 2006 in einem [Vortrag](#) für das Centre for Policy Studies kritisch zum Stern-Bericht. Daraus entstand das 2008 veröffentlichte Buch „An Appeal to Reason“. Lawson wies auf die Unsicherheit in den IPCC-Modellen hin: Der SRES-A1-Szenario-Pfad beispielsweise wies eine Bandbreite von 1 °C bis 6 °C Temperaturanstieg bis 2100 auf (2,0 °C bis 5,4 °C für A2). Angesichts dieser Bandbreite muss das Szenario mit dem hohen Temperaturanstieg als wenig wahrscheinlich angesehen werden, sicherlich weit unter 50 %.

Lawson kritisierte ferner, dass diese Hochszenarien von unrealistischen Wachstumsraten der Bevölkerung ausgegangen seien und die Effizienz der Energienutzung nicht genau modelliert hätten. Die Energieintensität sei in den letzten 50 Jahren zurückgegangen. Was die wirtschaftlichen Kosten in der Landwirtschaft und der Nahrungsmittelproduktion angeht, habe der Stern-Bericht den Nutzen höherer Kohlendioxidkonzentrationen für das Pflanzenwachstum (globale Begrünung) nicht berücksichtigt und die Fähigkeit der Landwirte übersehen, sich durch den Anbau anderer oder widerstandsfähigerer Pflanzen bei Bedarf an ein sich wandelndes Klima anzupassen.

Lawson wies darauf hin, dass die Kosten für die Dekarbonisierung der Wirtschaft ungewiss seien, aber enorm sein würden. Er nannte Zahlen (zu Preisen von 2006) zwischen 80 und 1.100 Milliarden Dollar pro Jahr weltweit, wobei die Kosten vor allem auf die westlichen Nationen entfallen würden. Die höheren Zahlen sind wahrscheinlich, wenn die Gesellschaft schneller zur Reduzierung der CO₂-Emissionen übergeht, was Stern forderte. Der Aufbau einer Infrastruktur für erneuerbare Energien erfordert zudem Subventionen und eine Absicherung in Form von Kraftwerken, die mit fossilen Brennstoffen betrieben werden. Die Kosten der Dekarbonisierung würden auch ärmere Verbraucher und Länder stärker belasten, insbesondere weil die Preise für fossile Brennstoffe und die Subventionen zwangsläufig steigen müssen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Stern-Bericht das Risiko eines Temperaturanstiegs um 5 °C bis zum Jahr 2100 falsch eingeschätzt und die wirtschaftlichen Auswirkungen des Klimawandels überbewertet hat, da er weder die Anpassungsfähigkeit der Landwirtschaft noch den wirtschaftlichen Nutzen der globalen Erwärmung in bestimmten Fällen berücksichtigt hat. Der Bericht hatte zudem die extrem hohen Kosten für die Abschaffung fossiler Brennstoffe aus der Wirtschaft nicht berücksichtigt. Wenn man diese Fehler anerkennt, entfällt jede Rechtfertigung für eine Reduzierung der CO₂-Emissionen um 80 % (oder 100 %, d. h. Netto-Null).

Stattdessen argumentierte Lawson, es sei vorteilhafter, Investitionen stattdessen in die Anpassung an den Klimawandel zu lenken. Die Verpflichtung des Westens bestehe dann darin, ärmeren Nationen durch Entwicklungsprogramme Finanzmittel und technologisches Know-how zur Verfügung zu stellen. Ein Grund dafür ist, dass einige der Probleme, mit

denen Gesellschaften konfrontiert sind, nicht neu sind, wie beispielsweise der Anstieg des Meeresspiegels, und daher würde eine direkte Eindämmung durch Entwicklung auch ohne die Frage des Klimawandels einen verbesserten Schutz bieten.

Die gleichen wirtschaftlichen Argumente wurden in den letzten Jahren weitergeführt, wobei RCP8.5 oft als „Business as usual“ behandelt wurde, obwohl es vom IPCC mittlerweile offiziell als unwahrscheinliches Szenario eingestuft wird. Ähnlich wie bei den Fehlern des Stern-Berichts ging das Szenario von einem massiven Anstieg der Kohleproduktion und höheren Bevölkerungswachstumsraten aus, während technologische Fortschritte bei der Energieeffizienz außer Acht gelassen wurden. So hat sich beispielsweise die Energieeffizienz des Verbrennungsmotors in 50 Jahren fast verdoppelt. Dennoch wurde RCP8.5 in den letzten Jahren weiterhin herangezogen, um das Streben nach Netto-Null zu rechtfertigen. Die Auswirkungen, wenn wenig oder gar nichts unternommen wird, um von der Nutzung fossiler Brennstoffe wegzukommen, werden überbewertet, während die Kosten für Maßnahmen unterbewertet oder in Subventionen versteckt werden, die an die Verbraucher weitergegeben werden.

Es wird immer offensichtlicher, dass jegliche Rechtfertigung für die Netto-Null-Ziele widerlegt wurde, wie selbst Tony Blair festgestellt hat. In einem kürzlich erschienenen Vorwort zu einem [Bericht](#) des Tony Blair Institute for Global Change mit dem Titel „The Climate Paradox: Why We Need to Reset Action on Climate Change“ schrieb er, dass „jede Strategie zum Scheitern verurteilt ist, die entweder auf einem kurzfristigen ‚Ausstieg‘ aus fossilen Brennstoffen oder auf einer Begrenzung des Verbrauchs basiert“. Er stellte fest, dass die Bevölkerung zunehmend skeptisch gegenüber übertriebenen Klimaschutzmaßnahmen ist, wenn andere Nationen nicht mitziehen. Gleichzeitig merkte er an, dass der Ton und die Argumente der Klimapanikmacher „von Irrationalität durchzogen“ seien. Natürlich hat Blair die Einrichtung energieintensiver KI-Rechenzentren und die Förderung digitaler Ausweise im Blick, und er fordert nach wie vor den Einsatz extrem teurer Technologien zur Kohlenstoffabscheidung, aber es ist ein Schritt in die richtige Richtung.

[Hervorhebung vom Übersetzer]

Die wirtschaftliche Begründung für eine 80-prozentige Reduzierung des CO₂-Ausstoßes – oder „Netto-Null“, wie es heute heißt – war von Anfang an fehlerhaft, beruhte sie doch auf unrealistischen Annahmen in den düstersten Klimaszenarien. Doch nun, da der RCP8.5-Pfad offiziell als unplausibel anerkannt ist, gibt es keinen Grund mehr, das Ziel der Netto-Null weiter zu verfolgen. Die wirtschaftliche Argumentation sollte nun darauf abzielen, Investitionen in die Entwicklung von Strategien zur Eindämmung von Überschwemmungen und Dürren weltweit zu lenken (unabhängig davon, ob diese infolge des Klimawandels zunehmen oder nicht), kombiniert mit verbesserten Wettervorhersagen und Wirkungsmodellierungen sowie dem entsprechenden Technologietransfer in

Entwicklungsländer.

Andrew Sibley is a semi-retired chartered meteorologist with an MSc in Environmental Decision-Making and an MPhil in Theology.

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2026/06/05/the-justification-for-net-zero-has-vanished-with-the-demise-of-rcp8-5/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE